

Das Bio-Forum Iud zur WTO-Debatte mit Weitsicht

Autor(en): **Scheidegger, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **59 (2004)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-903788>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Bio-Forum lud zur WTO-Debatte mit Weitsicht

Die WTO und ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft wurden bereits an den Bio-Gipfeln 2003 und 2004 intensiv diskutiert. Bei beiden Veranstaltungen standen sich zwei mögliche Szenarien gegenüber: Die Forderung, die Landwirtschaft als nicht WTO-kompatibel aus dem internationalen Regelwerk herauszulösen, oder der WTO von innen heraus zumindest nachhaltig soziale und ökologische Leitplanken zu verpassen. Die Frage, welcher der beiden Wege mehr Aussicht auf Erfolg hat und der speziellen Situation der Bauernfamilien besser und vor allem schneller gerecht wird, blieb auch am 12. Möschberg-Gespräch vom 2./3. November 2004 eine Knacknuss. Zur zweitägigen Debatte im Hotel Möschberg oberhalb Grosshöchstetten, hatte das Bio-Forum Möschberg kompetente Referentinnen und Referenten aufgebeten und ganzheitlich interessierte Menschen vom Fach und aus der Landwirtschaft begeistert.

Heidi Bravo vom Schweizerischen Bauernverband skizzierte zu Beginn der Tagung die Motive zur Gründung des GATT im Jahr 1947. Inzwischen gehören diesem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen das nun WTO heisst, 148 Länder an. Dem Übereinkommen liegt die Idee der komparativen Kostenvorteile zugrunde, d.h. die Annahme, dass wenn jedes Land diejenigen Produkte erzeugt, für die es die besten Voraussetzungen hat, dies zu einem höheren Wohlstand für alle führen werde. Damit das Ganze funktionieren kann, wurden rechtlich eine Art «Verkehrsregeln» vereinbart, als wirtschaftliches Ziel wurde die Beseitigung von Handelshemmnissen (Freihandel) postuliert und auf der politischen Ebene Instrumente zur Beilegung von Streitigkeiten geschaffen.

Die Landwirtschaft wurde schon in der Uruguay-Runde von 1986 einbezogen. Weil die Schweiz ganz allgemein über höhere Standards verfügt als dort vorgesehen, hielten sich die Auswirkungen in Grenzen.

Vor allem die Industrieländer versuchen mit Exportsubventionen ihre Überschüsse auf dem Weltmarkt loszuwerden. Dies belastet ihre eigenen Budgets und verdrängt die Entwicklungsländer mehr und mehr an den Rand. Bravo erläuterte die



In den Arbeitsgruppen ins Detail: Heisse Diskussionen mit seco-Mann Matthias Meyer (2.v.links)

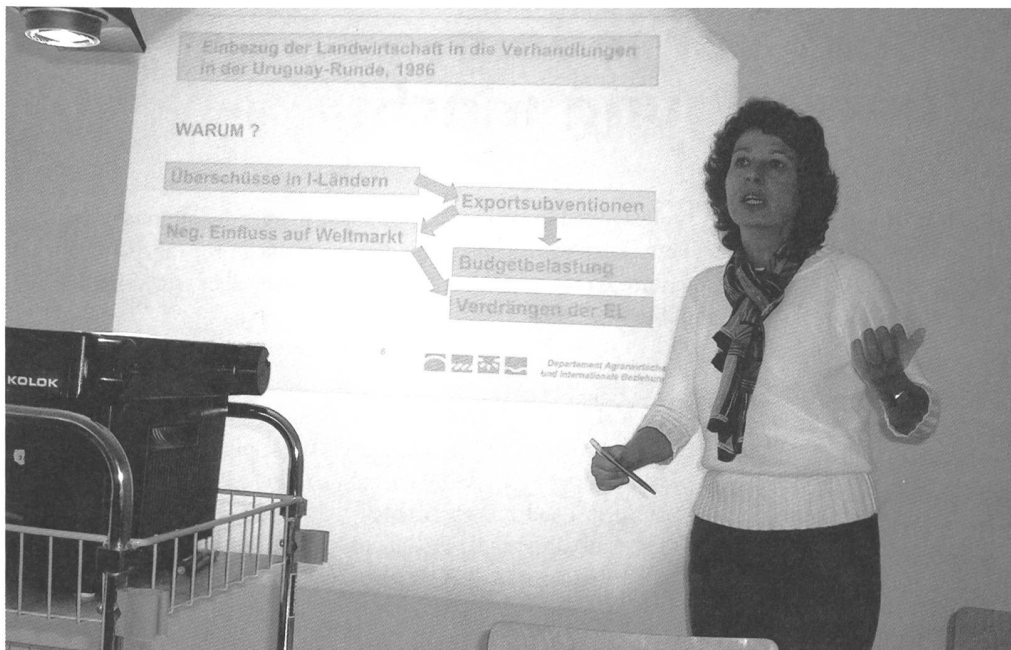
Chancen, die der Schweiz bleiben, indem produktionsunabhängige Massnahmen wie Direktzahlungen in der sog. Greenbox untergebracht werden können. Sodann zeigte sie die Probleme auf, die sich stellen würden, wollte man die Landwirtschaft aus dem für den Laien fast nicht überschaubaren Regelwerk herauslösen. Vermutlich würden die Grossen (USA, Australien, Indien, Brasilien usw.) bilaterale Abkommen abschliessen. Als Folge wäre auch die Schweiz gezwungen, mit jedem Handelspartner zu verhandeln.

Wichtige Südsicht

Der mehr oder weniger «wertfreien» Darstellung Heidi Bravos stellte Marianne Hochuli von der Erklärung von Bern die Schwierigkeiten der so genannten Drittweltländer gegenüber. Diese verfügen nicht über die Möglichkeit, ihre eigene Landwirtschaft vor dem Druck der grossen Agrarexporteure zu schützen, ja oft nicht einmal über qualifizierte Leute, um ihre Position wirkungsvoll zu vertreten. Dazu kommt, und das ist das Entscheidende, dass vom Freihandel vor allem die Agrarmultis

wie Nestlé oder Cargill profitieren. An mehreren Beispielen zeigte Hochuli, wie die armen Kleinbauern immer mehr von ihrem Land verdrängt werden. Sie landen in den Slums der Grossstädte ohne Aussicht auf Arbeit oder Bildungsmöglichkeiten für sich und ihre Kinder.

Am Beispiel Zucker und Baumwolle wurde aufgezeigt, wie verhängnisvoll sich die Exportsubventionen der USA und der EU für die armen Länder auswirken. Selbst die Nahrungsmittelhilfe hat häufig zur Folge, dass die eigene Produktion in den «be-



Heidi Bravo lieferte die historischen Grundlagen zu Gatt und WTO, Hans Popp und Marianne Hochuli besetzten klare Positionen (Bild unten).



schenkten» Ländern zum Erliegen kommt, also mittel- bis langfristig genau das Gegenteil dessen bewirkt, als das was Gutgläubige davon halten. Zu oft wird nur dann Hilfe geleistet, wenn es darum geht, Überschüsse los zu werden. Das gilt auch für Milchpulver aus der Schweiz.

Schon vor 500 Jahren

Jules Rampini-Stadelmann arbeitete mehrere Jahre als Strassen-Sozialarbeiter in Peru. Anhand von Dias vermittelte er ein Bild von der Schönheit und dem Reichtum dieses südamerikanischen Landes und stellte die Frage in den Raum, warum ein so reiches Land heute so arm ist. Bereits vor 500 Jahren hat die Zerstörung der Hochkultur der Inkas begonnen. Damals wurde das Dreifache der heutigen Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die Inkas betrachteten die Erde als Göttin und behandelten sie

dementsprechend mit grosser Ehrfurcht.

Nur ein Drittel der peruanischen Bevölkerung hat heute eine stabile Arbeit, die andere zwei Drittel führen einen unsicheren Kampf ums Überleben. Durch Dumping ist die eigene (Land-)Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten ruiniert worden. Nur wenn es dem Land gelingt, wieder eine eigene Agrarpolitik zu etablieren und wo nötig an den Grenzen Zölle zu erheben, hat die Landbevölkerung wieder eine Chance.

Eine Lektion in Neoliberalismus

Für Botschafter Matthias Meyer vom seco besteht kein Zweifel, dass die Schweiz und mit ihr auch die Schweizer Landwirt-

schaft Teil der WTO ist und bleiben muss. Zwar hat jedes der 148 Mitgliedsländer eine Stimme und es werde nicht abgestimmt, sondern der Konsens aller angestrebt. De facto haben aber die Grossen mehr Gewicht. Es ist für Meyer ganz «normal», dass sich die G-5-Staaten (USA, EU, Australien, Indien, Brasilien) im letzten Sommer hinter verschlossener Tür auf einen Kompromissvorschlag für den Agrarhandel geeinigt haben. Die übrigen können dann Kenntnis nehmen und versuchen, die gravierendsten Mängel zu beseitigen.

Meyer geht ganz klar davon aus, dass sich die Schweiz immer mehr der EU annähern muss, dass es langfristig keine nationale Agrarpolitik und nur noch einen Landwirtschaftsmarkt geben

wird, dass die Produktion von Lebensmitteln in der Schweiz und als Folge der Selbstversorgungsgrad sinken werden.

Ein anderes Konzept

Prof. Hans Popp, der ehemalige Vizedirektor des Bundesamtes für Landwirtschaft und «Vater» der Direktzahlungen, konterte die Sicht Meyers mit einem Konzept, das sich an der Gemeinwohlverträglichkeit misst. Er bezeichnet die Philosophie des Freihandels als eindimensional. Sie gehe von Voraussetzungen aus, die im realen Leben nicht zutreffen. Der Agrarfreihandel begünstige das kurzfristige Gewinnstreben auf Kosten der Natur, der Umwelt und der Nachhaltigkeit und klammere überlebenswichtige Ziele und Bedürfnisse aus. Er fordert, diesem Irrweg eine auf Dauer angelegte, ganzheitliche Strategie entgegenzustellen. Eine solche müsste für jedes Land die Ernährungssicherheit garantieren, jedem Land das Recht auf eine eigene Agrarpolitik zugestehen und den Bauernfamilien Arbeit und ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen und damit die Migration in die Städte und in die Arbeitslosigkeit bremsen.

Ein erstes Fazit

Das Streitgespräch zwischen Botschafter Meyer und Prof. Popp und die Diskussion mit dem Plenum brachten kaum eine Annäherung der Standpunkte. Für Meyer ist die Schweiz ein so kleiner Fisch, dass ihre Stimme nur geringes Gewicht hat. Immerhin hat die Schweiz mit der Greenbox ein Instrument eingebracht, das zunehmend auch von der EU aufgegriffen und als Argumentationshilfe benutzt wird. Wir sind Nettoimporteur und unsere Exporte von landwirtschaftlichen Gütern fallen global gesehen kaum ins Gewicht. Diese Argumente gilt es verstärkt auszuspielen und unseren Vertretern mit auf den Weg zu geben.

Werner Scheidegger